

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925**

14.3.1925 (No. 62)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Verleger:  
Nr. 953  
und 954  
Verantwortlich:  
Karlsruhe  
Nr. 5518

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Lektor:  
C. K. v. d. A.  
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und umwärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tritt freier Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Künstliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Verteilung und Kontostörungen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in telephonischer Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen.

### \* Das Ende des Genfer Protokolls

Das Genfer Protokoll ist infolge der völlig ablehnenden Haltung der englischen Regierung als erledigt zu betrachten. Und doch war es seinerzeit vom Völkerbundrat einstimmig angenommen worden. Die frühere Londoner Regierung, das Kabinett Macdonald, hat sich sogar mit Wärme für das Protokoll eingesetzt. Und Herriot suchte es als seinen größten außenpolitischen Erfolg.

Selbstverständlich war die Annahme durch den Völkerbund noch nicht gleichbedeutend mit der Annahme durch die beteiligten Länder und ihre Parlamente. Schon nach Bekanntwerden des Protokolls regte sich in England die Kritik. Und als mit den Neuwahlen die Kritiker die politische Macht eroberten, war das Schicksal des Genfer Protokolls besiegelt.

Die britische Regierung steht heute auf dem Standpunkt, daß die Völkerbundsstatuten trotz mancher Unvollkommenheiten immer noch besser sind als das Genfer Protokoll. Sie erlöst überhaupt in diesem Protokoll ein Ereignis kriegerischen Geistes und befürchtet, daß die z. T. recht konstruierten Bestimmungen des Protokolls in der Praxis durchaus nicht friedensfördernd, sondern friedensstörend wirken würden. Und man muß bei genauer Lektüre des Protokolls zugeben, daß auch diese Auffassung sich hören läßt. Die Tatsache, daß der doch gewiß im Sinne einer Friedenspolitik tätige Macdonald gerade ein solches Protokoll akzeptiert hat, erscheint dann allerdings als merkwürdig. Aber wir wissen ja, daß schon damals heftigste Beobachter vor dem Protokoll gewarnt und die Meinung vertreten haben, daß Macdonald sich von Herriot habe einweisen lassen.

Und offenbar ist es denn auch die französische Politik mit ihren ganz besonderen Tendenzen, die das Genfer Protokoll in den Augen Englands vollends unmöglich gemacht hat. Deutschland kann, wie wir glauben, mit dieser Entwicklung der Dinge nur einverstanden sein. Denn dieses ganze Protokoll sollte, politisch nichts anderes sein, als ein Instrument in der Hand Frankreichs, um den Friedensvertrag von Versailles zu verewigen und Deutschland als Friedensbrecher hinstellen zu können, falls es unter Bezugnahme auf den Friedensvertrag und das Völkerbundsstatut die Revision als notwendig verkehrt erkannter Friedensbestimmungen fordern sollte.

England wünscht also, daß die Möglichkeit für Deutschland, eine Revision des Friedensvertrags herbeizuführen, gewahrt bleibt. England befürchtet aber auch weiter, daß dieses ganze Protokoll, das praktisch doch vor allem den französischen Machtinteressen gedient hätte, die Gefahr neuer kriegerischer Verwicklungen vergrößert und England in Fäden verwickelt hätte, bei denen wenig Gutes zu holen ist. Bekannterweise wollen die Dominions deshalb von dem Protokoll grundsätzlich nichts wissen.

Der britische Außenminister Chamberlain hat jetzt in Genf die Auffassung seiner Regierung wirkungsvoll vertreten. Er hat dabei u. a. erklärt, daß die verstärkte Betonung, die im Protokoll auf die Sanktionen gelegt worden ist, den Eindruck erwecken könne, daß die Hauptaufgabe des Völkerbundes nicht so sehr sei, die freundschaftliche Zusammenarbeit und die vernunftmäßige Harmonie bei der Regelung internationaler Angelegenheiten zu fördern, als den Frieden durch die Organisation des Krieges zu erhalten. Nach der Ansicht der britischen Regierung sei der Eindruck, daß die Hauptaufgabe des Völkerbunds sei, sich mehr mit dem Kriege als dem Frieden zu beschäftigen, geeignet, ihn in seiner fundamentalen Basis zu schwächen.

Chamberlain hat weiter die gewiß nicht unrichtige Anschauung geäußert, daß es gar nicht so sehr augenblickliche Mißverständnisse sein könnten, die den Frieden gefährden, sondern „daß der Mißtrauen seinen Ursprung vielmehr in gewissen tiefbegründeten Feindschaftsgefühlen habe, die aus historischen oder andersartigen Ursachen mächtige Staaten voneinander trennen“. Deshalb befürwortet die britische Regierung, unter Mithilfe und Leitung des Völkerbundes den Bundespakt durch die Herstellung besonderer Vereinbarungen zu ergänzen; diese besonderen Vereinbarungen sollen aber rein defensiver Natur sein. Man könne diese Vereinbarungen am besten erreichen, indem man die am meisten betroffenen Nationen zusammenbringt, und zwar durch Verträge, die „in der ernstlichen Absicht abgeschlossen werden, einen ununterbrochenen Frieden zu wahren“.

Die Londoner Regierung befürwortet damit also den Abschluß eines Fünfmächtepaktes zwischen England, Frankreich, Italien, Belgien und Deutschland. Wie es scheint, wäre Belgien für einen solchen Pakt zu haben. Das Hindernis würde also einzig und allein bei Frankreich liegen.

Soweit es darauf ankommt, eine egoistische und imperialistische Politik geschieht in Szene zu setzen, hat Frankreich sicherlich alles getan, um hier den Vogel abzuschießen. Soweit aber eine europäische Realpolitik, d. h. also eine wahre europäische Friedenspolitik in Frage kommt, vertritt England zweifellos den klügeren Standpunkt. Und es wäre erfreulich, wenn sich die übrigen Mitglieder des Völkerbundes nicht nur platonisch, sondern mit aller Energie für diesen Standpunkt einsetzen würden.

### Zur Reichspräsidentenwahl

Die hinter der Kandidatur Dr. Jarres stehenden Parteien und Verbände haben, wie mehrere Blätter melden, sich zu einem Reichsblock zusammengeschlossen, der die Leitung der Wahlbewegung in die Hand nehmen soll. In Berlin hat die Leitung des Ausschusses, der die Wahlarbeiten für die Kandidatur Jarres bearbeitet, einen überparteilichen Ausschuß gebildet, dem außer den rechtsstehenden Parteien die vaterländischen Spitzenverbände angehören. Für Sonntag, den 22. März, ist von dem Ausschuß eine Kundgebung in Aussicht genommen. Auch der Reichsländerrat hat sich jetzt für Jarres ausgesprochen.

Dem „Berl. Volksanzeiger“ zufolge hat Dr. Jarres die Wahlkandidatur zur Reichspräsidentenwahl nicht nur für den ersten Wahlgang angenommen, sondern auch für den zweiten, falls ein solcher notwendig sein sollte. Er traf Freitag vormittags aus Duisburg in Berlin ein.

Nach einer Mäntelrede aus München wird am Montagabend im Hofbräuhaus der demokratische Kandidat Professor Dr. Hellpach sprechen.

### Ein neues Notverordnungsrecht des Reichs

Der Reichsrat genehmigte in seiner öffentlichen Sitzung am Freitag den Gesetzentwurf zur Ergänzung der Reichsverfassung. Danach soll ein neuer Artikel eingefügt werden, wonach, wenn die Befreiung eines dringenden Notstandes es erforderlich macht, die Regierung mit Zustimmung des Reichsrats und des Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volkserziehung, die der Verfassung nicht zuwiderlaufen, mit Gesetzeskraft erlassen kann, wenn der Reichstag nicht versammelt ist. Die Verordnungen sind dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentreten vorzulegen. Wird der Verordnung vom Reichstag die Genehmigung verweigert, so hat die Regierung sie alsbald außer Kraft zu setzen.

Der preussische Staatssekretär Weismann richtete an die Regierung die Frage, ob etwa das Notverordnungsrecht benutzt werden würde, um die Volkfrage und die Aufwertungsfrage zu regeln. Die Reichsregierung beantwortete die Frage mit Bestimmtheit dahin, daß sie nicht daran denke, diese Fragen im Wege der Notverordnung zu erledigen.

### Zum Lohn- und Arbeitszeitkonflikt bei der Reichsbahn

hat die vom Reichsarbeitsminister bestellte Schlichtungskammer einen Schiedsspruch gefällt, wonach die Arbeit möglichst sofort wieder aufgenommen wird und Maßregelungen nicht stattfinden sollen. Bezüglich der Dienstdauer bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen. Durch einen Anschlag, der spärlich in der zweiten Hälfte des April zusammentritt und an dem die Kampfparteien beteiligt sind, soll geprüft werden, welche Änderung, d. h. welche allgemeinen Änderungen oder Veränderungen für gewisse Gruppen des Personals hinsichtlich der gesamten Dienstdauer ohne Verringerung der Rentabilität der Reichsbahn möglich sind. Die gekündigten auf den Lohn bezüglichen Paragraphen des Lohnvertrages werden mit Wirkung ab 1. 8. 1925 wieder in Kraft gesetzt. Für die Zeit vom 1. bis 14. März 1925 bleiben die am 28. Februar 1925 in Geltung gewesenen Löhne bestehen. Mit Wirkung vom 15. 3. 1925 werden die Grundlöhne der Hochstufungsklassen um 3 Pfennige erhöht. Die Grundlöhne der übrigen Altersklassen erhöhen sich entsprechend.

Der Schiedsspruch ist, wie der „Vorwärts“ meldet, mit der Stimme des Vorstehers gegen die Stimmen der Arbeitnehmer gefällig worden. Die Gewerkschaften werden bereits am heutigen Samstag zu dem Schiedsspruch Stellung nehmen.

Aber die Streiklage bei der Reichsbahn wird von unterrichteter Seite mitgeteilt: Insgesamt streikten am 13. März 10 709 Arbeiter von der gesamten Arbeiterkraft bei der deutschen Reichseisenbahngesellschaft, das sind etwa 2,5 Prozent. In Berlin hat sich die Streiklage infolge starker Ausdehnung, als trotz der Vereinbarungen der Vertragsparteien die Streikbasis erweitert worden ist. Die Betriebswerke in Himmelsburg u. am Potsdamer Bahnhof sind in den Streik einbezogen worden. Dadurch war die deutsche Reichseisenbahngesellschaft gezwungen, 50 Mann der Technischen Reichshilfe auf dem Bahnhof Himmelsburg einzusetzen. Der Betrieb und der Betrieb der Güterverladung wird überall im Gebiet der Deutschen Reichseisenbahngesellschaft aufrecht erhalten.

### Der Weg des Reichsbanners

Vom badischen Staatspräsidenten Dr. Hellpach.

Zu dem heute und am morgigen Sonntag in Karlsruhe stattfindenden süddeutschen Republikanertag veröffentlicht Staatspräsident Prof. Dr. Hellpach und Innenminister Kemmele Artikel im Karlsruher „Volksfreund“, wovon wir den Artikel des Staatspräsidenten im nachstehenden wiedergeben. Den Artikel des Innenministers veröffentlichen wir in der Kontagnummer.

Je älter der Mensch wird, desto mehr verbleibt sich sein Leben und Wirken mit der Welt seiner Erinnerungen. Jugend flüht, nur vorwärts blickend, dem Künftigen zu; erst Erfahrung, die zum guten Teil Heimsuchung und Enttäuschung ist, lehrt uns erkennen, daß Vorhandenes zwar schnell zerbröckelt, Gewesenes nie mechanisch wiederherstellbar, wertvoll und dauerhaft, Neues aber doch nur in organischer Anknüpfung an vorhanden Gewesenes zu schaffen ist. Dies ist die unbewußte Wendung jedes durchschnittlichen — und die bewußte jedes bedeutenden Daseins von der Gärung zur Reife, vom Sturm zur Reife, vom „Ich möchte“ zum „Ich kann“.

Ein Gleiches gilt für die Entwicklung der Völker. Barbaren stürmen ahnungslos über alte Kulturen hinweg, verbrennen und zertreten, und überlassen es der Zukunft, ob auf den Ruinen ein neues Leben erblüht. Je länger aber ein Volk Geschichte erlebt, desto bewusster macht es Geschichte, desto schwerer empfindet es seine Verantwortung gegenüber dem Gehenden und Kommenden, desto wichtiger wird ihm Erkenntnis und Pflege der nationalen Vergangenheit. Die Gefahr taucht auf, in bloßer Überlieferung zu versteinern. Ein reifes Volk, das dennoch dieser Gefahr entgehen will, wird in seinem Vormarschreiten dem Einfließen seines gebührenden Platz geben, es wird an dem, was war, hängen — ohne daran zu kleben.

Dies gilt doppelt für jede Nation, die zur Selbstbestimmung ihres Schicksals vorgeschritten ist. Bausteine des Überkommenen ins Fundament des Staates einzufügen, ist seit jeher eine besondere Sorge der Demokratien gewesen, wenn sie von Dauer sein wollten. Die älteste und die größte Demokratie des Abendlandes, die schweizerische Eidgenossenschaft und die Vereinigten Staaten, zeigen in ihrem vielberufenen „Konserwatismus“ kläffige Belege in Güte und Fülle dafür. Auch die junge deutsche Republik darf sich dieser Sorge nicht entziehen.

In dem Reichsbanner Schwarz-rot-gold trat eine großartige Massenbewegung auf den Plan, die das neu Entstandene und weiter werdende mit dem Wertvollen im einst Gewesenen zu verbinden trachtet. Nationale Symbole kommen immer aus der Vergangenheit und weisen in die Zukunft. (Erfundene Symbole haben allezeit nur Eintagsbedeutung gehabt.) Ein Jahrestag nach der Geburt des deutschen Volksstaates gemahnt die Idee Gestalt, wie das unergründliche Verhältnis zum Neuen mit der feierlichen Darstellung seiner historischen Wurzeln zu verknüpfen sein möchte. Der Lösungsvorschlag steht im Reichsbanner vor uns.

Sein erstes Kennzeichen sind die alten, ehrwürdigen Farben des großdeutschen Nationalstaates — des deutschen Reiches deutscher Nation! Ihr Einfließen bedeutete nur Sehnsucht und Traum; ihr Heute und Morgen soll Entschluß, Tat und damit Erfüllung sein.

Aber der Nationalstaat darf nicht bloß in die Breite, er muß auch in die Tiefe der ganzen Nation reichen. Das heißt: das Reich deutscher Nation muß sich bedenken mit dem Ganzen deutschen Volkstum. Es darf keine Obrigkeit geben, die den Staat mehr darstellt als das Volk, keine Privilegierten, denen das Reich mehr gehörte als den „Massen“, keine Klasse, die mit dem Vaterlande in einer besonderen Weise identisch wäre. Die vom nationalen Bewußtsein durchglühten Sogarten sind „unten“, so gut wie „oben“ und in der „Mitte“ — darin erst erfüllt sich ihrem tiefsten Sinne nach die Lösung: das ganze Deutschland soll es sein! In seiner Volkstümlichkeit ist des Reichsbanners zweites Kennzeichen gegeben.

Das dritte liegt in der praktischen Reichsgegnung vor uns. Zucht und Hingabe sind ihre eigentlichen Kräfte. Aus den Dämmerzuständen der Umwälzung erwacht der neue Staat zu sich selber: zur Staatsordnung! Denn jeder Staat kann nur Ordnung sein, da absolute Ordnung die Befreiung des Staates, auch und erst recht des Freiheitsstaates ausmacht. Und wird die Ordnung bedroht, von woher immer, so kann sie nur dadurch geschützt werden, daß jeder einzelne bereit ist, für sie zu sterben, damit der Staat lebe. So ist die Wehrhaftigkeit gleichsam nur eine andere Seite jeglicher ernsthaften Staatsordnung, und gar der demokratischen Nationalstaat würde zur Farce, wenn seine Bürger sich darauf verlassen wollten, daß andere — Soldaten — da und bereit wären, für die Ordnung zu sterben. In der Herausbildung der Volksmassen zu Zucht und Hingabe lebt die Idee der allgemeinen Wehrpflicht erst zu ihrer höchsten Entfaltung auf und wird das Erbe der Wiedergeburt aus der napoleonischen Erniedrigung für Gegenwart und Zukunft in neue treue Verwaltung genommen.

In dieser dreifältigen Artung und Wirksamkeit: als Träger des Reiches, als Umspanner seines Volkstums und als Hüter seiner Ordnung — erhebt das Reichsbanner sich zur Höhe seiner nationalen Sendung. Dort soll es aller Politik des Tages und der Stunde (die ihr Recht und ihr Gesetz hat) entrückt bleiben, entrückt allen Verführungen zu parteipolitischen, klassenpolitischen, koalitionspolitischen Taktik. Nur wenn es an diesem Punkte keine Idee auch in der nächsten Realität rein erhält, bleibt es sich und der Nation wahrhaft treu und dienstbar. Nur dann vermag es führende Bedeutung für die höchste Zukunft der deutschen Republik zu erlangen und zu bewahren: für die Reifung der Deutschen zu breitem Volkstum zur großen Nation, für deren Aufstieg aus Staatsbewußtsein zur Weltmacht.

So, sehe ich den Weg des Reichsbanners.

Mit der Beilage: 18. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags

# Politische Neuigkeiten

## Im Magdeburger Prozeß

Am es am Freitag nachmittag zu einem Zwischenfall, der für die weitere Prozeßführung von großer Bedeutung sein kann. Als vom Vorsitzenden noch einmal die Frage aufgeworfen wurde, was denn Rathardt überhaupt behaupten und beweisen wolle, erwiderte Rechtsanwalt Martin, daß Rathardt, kurz nachdem er ihm die Verteidigung übertragen hatte, sich dahin geäußert habe, er habe gerade aus den Vorgängen, die zur Revolution führten, den Eindruck gewonnen, daß Ebert Landesverräter sei. Staatsanwalt Corp: Die Verteidigung erklärte zu Beginn des Prozesses, es handle sich nicht um den Menschen Ebert, sondern um Ebert als Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei. In dem Umfange, in dem jetzt ihre Behauptung aufgestellt wird, würde sich die Tendenz des Prozesses nicht nur auf den Abgeordneten Ebert, sondern auch auf alle diejenigen erstrecken, die durch den Sturz der damaligen Regierung die Grundlage gelegt haben für die heut bestehende Staatsform. Wird diese Ansicht vom Gericht geteilt, so ergeben sich für das Gericht Konsequenzen, auf die ich im Augenblick nicht eingehen kann. Rechtsanwalt Kuegelmann: Wir wollen uns klar ausdrücken. Der Staatsanwalt droht uns mit dem Antrag der Überweisung der Sache an den Staatsgerichtshof. Der Vorsitzende rügt den Ausdruck „droht“. Staatsanwalt Corp sagt, er behalte sich weitere Erklärungen vor. Das Gericht zog sich dann zur Beratung zurück, sah aber von einem Beschluß ab, da die Verteidiger gebeten hatten, nochmals in die Verhandlung darüber einzutreten.

Nach längeren Auseinandersetzungen wurde mit der Vernehmung der Zeugen fortgefahren. Scheidemann erklärte, daß die Beteiligung der Reichswehr an dem Streik im Interesse der Landesverteidigung gelegen habe. Er berichtete auch über die verhängnisvolle Rolle, die Wallraf durch sein Widerstreben gegen die berechtigten Wünsche der Streikleitung gespielt habe. Auf die Frage des Vorsitzenden, was er unter einem guten Verlauf des Streits verstanden habe, erklärte Scheidemann: „Ein böser Verlauf wäre der Bürgerkrieg gewesen, ein guter Verlauf die gütliche Beilegung. Der vernünftige Schlag gegen die Regierung sei das Ziel der Unabhängigen gewesen, aber nicht das Ziel der Reichswehrsozialisten.“

Scheidemann bestätigte auf eine diesbezügliche Anfrage des Rechtsanwalts Martin, daß Ebert während des Krieges eine Reise nach der Schweiz unternommen habe, doch habe er, Scheidemann, deren Zweck nicht gekannt. Auf eine weitere Frage, ob es richtig sei, daß Müller-Franken vor Ausbruch des Krieges nach Paris geschickt wurde, um sich mit den französischen Sozialisten darüber zu verständigen, ob die Kriegskredite abzulehnen seien, erklärte Scheidemann, daß Hermann Müller in Paris versuchen sollte, eine Einwirkung der französischen Sozialisten auf ihre Regierung zu erreichen, um einen Krieg zu verhindern. Infolge der Ermordung des einflussreichen Jaurès sei die Mission Müllers eigentlich erledigt gewesen.

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Müller-Franken, der dann als Zeuge vernommen wurde, erklärte auf Fragen des Vorsitzenden, daß von der sozialdemokratischen Partei während des Krieges niemals Schritte unternommen worden seien, die die Landesverteidigung hätten schädigen können. Die große Mehrheit der Sozialdemokraten sei immer für die Bewilligung der Kriegskredite gewesen, vor allem Ebert, der nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in internen Parteibesprechungen sich immer wieder reiflos auf den Boden der Verteidigung gestellt habe. Ebert sei auch immer Gegner von Streiks während des Krieges gewesen.

## Die Unternehmung der Finanzaffären

Der preussische Untersuchungsausschuß für die Barmat- und Antikleralfälle setzte am Freitag die Vernehmung zum Fragenkomplex der Reichswehrstelle fort.

Der Zeuge Britschow erklärte auf Fragen des Vorsitzenden nach anfänglichem Jögern bestimmt, für ihn seien die Beziehungen zu politischen Persönlichkeiten, auch zur sozialdemokratischen Partei, nicht ausschlaggebend gewesen bei der Behandlung von Geschäften mit Barmat. Barmat sei ihm zugeführt worden mit der Weisung, ihn kaufmännisch zu behandeln, gegen ihn bösslich zu sein und ihn nicht vor den Kopf zu stoßen. Zeuge Ministerialrat Nomen, seiner Zeit bei der Reichswehrstelle in der Stellung eines Vorsitzenden der Verwaltungsabteilung, erklärt, er habe allerdings den Eindruck gehabt, daß Barmat wegen seiner Beziehungen zu prominenten Sozialdemokraten begünstigt worden sei. Davon, daß Barmat an eine politische Partei Prozedere von seinem Geschäftsvordienst abgegeben habe, weiß der Zeuge nichts. Minister Schmidt habe keinen Druck zugunsten Barmats ausgeübt, die Zuweisungen seien von dem bilateralen Ausschuss ergangen. Der Widerstand der Reichswehrstelle gegen weitere Geschäfte mit Barmat sei veranlaßt worden teils durch Mitteilungen von anderer Stelle aus Holland, teils auch durch

eigene schlechte Erfahrungen. Die bewusste falsche Klafatierung der Mitglieder erfolgte auf Initiative Barmats. Im weiteren Verlauf des Prozesses eine amtliche Notiz des Reichswirtschaftsministeriums, worin festgestellt wird, daß mit Barmat nicht teurer abgeschlossen wurde, als mit anderen Lieferanten. Der Ausschuss beschloß dann vorerst von der Vernehmung des ehemaligen Reichswirtschaftsministers Schmidt Abstand zu nehmen. Der Vorsitzende teilte mit, daß zwischen dem 20. März und 1. April eine Vertagung des Ausschusses eintreten soll. Der Berichterstatter verlas dann eine umfangreiche Strafanzeige gegen die Antikleralverwertungsstelle wegen Begünstigung Antiklerals und ungehöriger Verschleuderung von Reichswaren. Die Beschuldigungen richten sich in der Hauptsache gegen die Direktoren Rarmholz und Strom. Es sind an Antikleral Preisermäßigungen von 75 Prozent gemährt worden.

Die Sozialdemokraten beantragten im Preussischen Landtag einen neuen Untersuchungsausschuß, der die Kredite der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) an die Firma Paul Schmidt u. Co. prüfen soll. Insbesondere soll festgestellt werden, welche politischen Einflüsse zur Kreditgewährung beigetragen haben und wer auf die Staatsbank eingewirkt hat, damit sie auf die Zurückzahlung des Kredits zu den angegebenen Termimen oder überhaupt auf einen Teil verzichte.

## Schwerer Zusammenstoß in Halle

Anlässlich einer kommunistischen Versammlung zur Reichspräsidentenwahl kam es Freitag abend im Volkspark zu Halle a. S. zu einem Zusammenstoß zwischen der Polizei und Kommunisten, wobei 7 Personen, darunter 2 Frauen, getötet, 25 schwerer und 15 leicht verletzt wurden. Die Mehrzahl der Verletzungen ist jedoch auf Abstrich infolge Umrennen des Treppengeländers zurückzuführen.

Nachdem die kommunistische Landtagsabgeordnete Frau Sedwig Krüger gesprochen hatte, nahmen ein englischer und ein französischer Kommunist das Wort, trotzdem die Polizei ihr Auftreten ausdrücklich verboten hatte. Als ein deutscher Kommunist mit der Überzeugung der beiden Reden begann, protestierte ein anwesender deutscher Polizeioffizier dagegen. Als die Versammlung hierauf eine drohende Haltung annahm, forderte die Polizei die Versammelten zur sofortigen Räumung des Saales auf. Plötzlich fielen Schüsse, worauf die Polizei das Feuer erwiderte. Nach der Angabe der Polizei sind aus der Versammlung heraus die ersten Schüsse gefallen, was auch aus den Einschüssen an der Wand hinter den Polizeibeamten hervorgeht. Zur gleichen Zeit sprach in einem anderen Saal des Gebäudes der kommunistische Präsidiumsmitglied Dr. Thälmann. Auch diese Versammlung mußte geräumt werden. — Entgegen der Behauptung von kommunistischer Seite, die Polizei hätte ohne Provokation geschossen, ist festzustellen, daß die Polizei zuerst verfuhrte, den Saal mit Gummiknüppeln zu räumen. Sie wurde jedoch von den Versammelten mit Bierseideln, Tischen und Stühlen angegriffen. Plötzlich fielen von der Galerie einige Schüsse gegen die Polizeibeamten, worauf sich diese genötigt sahen, von der Schutzwehr Gebrauch zu machen.

## Das deutsch-österreichische Wirtschaftsabkommen

Der österreichische Bundesrat erlebte am Freitag den Aufbruch zum deutsch-österreichischen Wirtschaftsabkommen. Der Berichterstatter für diese Vorlage, Vierbauer (Großdeutscher), erklärte, die außerordentlich warmen Worte, die der deutsche Außenminister anlässlich der Beratung dieses Vertrags im deutschen Parlament in der Rede ausgesprochen habe, fanden in der österreichischen Bevölkerung den lebhaftesten Widerhall. Unserer Meinung nach, sagte der Redner, sollte alles versucht werden, um einen möglichst innigen Anschluß zwischen den beiden Staaten zu erreichen. Einen ideellen Anschluß unseres Staates an das Deutsche Reich kann man uns nicht verbieten. Es sollte in Österreich bei jeder Gelegenheit der Ruf nach einer Revision des Friedensvertrages erschallen. Eine dauernde wirtschaftliche Gefühlsverbindung Österreichs werde doch nur durch den Zusammenstoß der beiden Wirtschaftsgebiete zu erreichen sein (Beifall).

## Auf der Genfer Völkerbundstagung

Verteidigte am Freitag der Tschechoslowake Benesch als Berichterstatter das Genfer Protokoll, um dann dem Rat eine Resolution zur Beschlußfassung vorzulegen, durch die die Erklärung Chamberlains und der anderen Staatsmitglieder, wie auch alle andern Erklärungen, die dem Räte über das Genfer Protokoll von den Völkerbundstaaten noch zugehen werden, der nächsten Völkerbundversammlung im September unterbreitet werden, und der Generalsekretär des Völkerbundes beauftragt wird, die Frage auf die Tagesordnung der nächsten Völkerbundversammlung zu setzen. Der Vorsitzende Benesch fand Annahme. Damit ist die weitere Diskussion des Genfer Protokolls bis zum September vertagt.

Chamberlain erklärte Pressevertretern gegenüber, England trete unbedenklich für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und für einen Ratstag ein.

Der Genfer Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, in quinterreichteten Kreisen werde erwartet, daß das Schicksal Europas in den nächsten Monaten entschieden werde, nicht direkt durch den Völkerbund, sondern durch eine Weltkonferenz, die die Vereinigten Staaten ebenso wie Deutschland einschließen werden.

Eine Beleidigungsfrage gegen den „Vorwärts“. Seiner Zeit hatte der „Vorwärts“ gegen den Ministerialrat Schellen den Vorwurf erhoben, daß er sich vorzeitig um die Nachfolgerschaft Scheidemanns als Oberbürgermeister in Kassel beworben habe. Ministerialrat Schellen hat darauf gegen den „Vorwärts“ Beleidigungsfrage erhoben. Wie der „Vorwärts“ jetzt mitteilt, hat er sich überzeugen können, daß Ministerialrat Schellen bei Abfindung seines Amtes an den Kasseler Magistrat von der Abzweigung ausgegangen war, daß die Stelle Scheidemanns bereits frei sei. Das Wort nimmt daher den gegen Ministerialrat Schellen gebrauchten Ausdruck mit Bedauern zurück.

## Kurze Nachrichten

Der Reichskanzler besuchte Freitag vormittag den stellvertretenden Reichspräsidenten Simons und erstattete ihm Bericht über die politische Lage. Um die Mittagsstunde empfing der stellvertretende Reichspräsident den Dogen des diplomatischen Korps, den apostolischen Nuntion Msgr. Pacelli.

Rückgang des Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 11. März berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem Stand vom 5. März (1937) um 0,3 v. H. auf 138,3 zurückgegangen.

Polnische Truppenkonzentrationen im Korridor? Die „Chicago Tribune“, der die Verantwortung hierfür überlassen werden muß, erfährt von ihrem Berichterstatter in Genf, daß Polen im polnischen Korridor Truppen konzentriert habe, um gegenüber jeder Entwicklung der Dinge geschickt zu sein. Unter der Bevölkerung Danzigs herrsche große Erregung wegen der von polnischer Seite durchgeführten Bombardierung des Danziger Hafens. Dadurch sei eine bedrohliche Lage geschaffen worden.

Verlesung des Beschäftigungsarabes in Württemberg. In den meisten Bezirken Württembergs hat sich die Lage des Arbeitsmarktes weiterhin gebessert. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ist von 3.300 auf 2.700 am 1. März zurückgegangen.

Im Meiningener Kommunistenprozeß vor dem Staatsgerichtshof zu Leipzig wurden am Freitag eine Reihe von Angeklagten zu Gefängnisstrafen von 4 Monaten bis 2 Jahre 2 Monate verurteilt.

Die Regierung des Saargebietes. Der Genfer Sonderberichterstatter der „Daily Mail“ schreibt, es sei eine feste Vereinbarung zwischen den Mitgliedern des Völkerbundes privat getroffen worden, daß wenn aus Maut für ein weiteres Jahr zum Präsidenten der Regierungskommission des Saargebietes ernannt werden sei, der nächste Präsident unter seinen Umständen ein Franzose sein solle.

Österreich und der Tod des Reichspräsidenten. Im österreichischen Bundesrat widmete der Vorsitzende Emmerring dem deutschen Reichspräsidenten Ebert einen vom Saule stehend angelegten Nachruf, in dem er erklärte, daß der Bundesrat als Vertreter der in der Republik Österreich vereinigten Länder als eine Herzenspflicht, dem deutschen Vorkriegs im Reich mit wehmütigem Gruß den Ausdruck tiefempfundener Beileids überbringe.

Eine neue Besprechung Derrits mit Chamberlain. Amlich wird aus Paris mitgeteilt, daß am nächsten Montag nachmittags 3 Uhr Ministerpräsident Derrits mit dem englischen Staatssekretär des Äußeren, Chamberlain, nach seiner Rückkehr von Genf eine Besprechung haben wird.

Geistliche für eine Abrüstungskonferenz. Aus Washington wird gemeldet: Präsident Coolidge ist der Ansicht, daß die jüngste Entwicklung im Ausland in der Richtung gehe, den Weg zur Einberufung einer Abrüstungskonferenz durch die Vereinigten Staaten zu erleichtern. Es ist die Absicht des Präsidenten, daß irgend ein formeller Schritt gleichzeitig in allen auswärtigen Hauptstädten erfolge, die an der Frage interessiert sind.

Der Metallarbeiterstreik in Oberitalien, der von den faschistischen Gewerkschaften in Brescia ausgegangen ist, verbreitete sich weiter und droht zum Generalstreik in der ganzen Lombardie zu werden. Die sozialistischen Gewerkschaften haben sich angeschlossen. Die Zahl der Streikenden wird auf 80.000 bis 100.000 angegeben.

## Karlsruher Konzerte

Das Hauptinteresse der abgelaufenen Woche konzentrierte sich ausschließlich auf die Ereignisse im Theater, wo zum ersten Male wieder nach der langen Unterbrechung durch die Kriegszeit und Inflationzeit italienische Sängersich hören ließen. Der Konzertsaal wurde zur Lebensgröße, zumal die einzige bedeutende Veranstaltung der Woche — das Konzert des Wappereins — der immer noch nicht beigelegten Differenzen zwischen Musikverband und Bühnenverein wegen auf später verschoben werden mußte. Deshalb steht nur das Konzert des jungen Berliner Cellisten Wilhelm Gessner zur Besprechung; sein Einführungsabend erweckte gewisse Erwartungen, da es sich dabei um die Bekanntheit mit einem aus der berühmten Schule von Hugo Becker hervorgegangenen Instrumentalisten handelte. Leider war aber das Ergebnis, wie man mir berichtet, eine kleine Enttäuschung. An Talent soll es zwar dem jungen Künstler nicht fehlen, jedoch noch sehr an den technischen Voraussetzungen, die ein absolut sicheres und einwandfreies Nachschaffen erst ermöglichen. Auch waren die gewählten Aufgaben, mit einiger Ausnahme der drei kleineren Stücke von Vacherini, Couperin-Arcisler und Ropper viel zu schwer. Werke wie die E-bur Sonate von G. Valentini und das a-moll-Konzert von A. Volkmann verlangen eben zur vollendeten Darstellung einen gereiften, wirklich virtuoson Meister, und Saravate's Zigeunerweisen sind erst recht nicht geeignet für einen Anfänger, da deren Bearbeitung für Cello gegenüber der Originalfassung für Geige an sich schon um erhebliche Grade schwieriger ist. Wieb allein die Befriedigung über die gediegene Begleitung Paul Meyer's, der wenigstens vom Flügel her verfuhrte, den Vorträgen eine künstlerische Gestaltung zu geben und damit das Niveau des Abends einigermaßen zu heben.

## Abschieds-Tanzabend Olga Mertens-Leger

Fast gänzlich ausverkauft war das Konzerthaus am Donnerstag zu dem Abschieds-Tanzabend Olga Mertens-Leger. Wenn man sich nun vorstellt: Stragisches Leben in wechselvollen bunten Bildern auf der Bühne — Wellen-raufender Bei-

fall — Blumen, viel Blumen — so ist mit wenigen Worten das schöne Bild gezeichnet, das der Abend bot; zweifellos ein sehr beachtenswerter Erfolg für die abscheidene beliebte Künstlerin — und für ihre Tanzschule, „harmonie-umflossen“ infolge Mitwirkung der „Harmonie“-Kapelle unter ihrem tüchtigen Dirigenten F. Rudolph. In bunter Folge wurde nun das Auge die Gruppen- und Einzelstücke (Tanz, Tanz, was die Wimper hält). Die Entwürfe für die recht aparten, geschmackvollen Kostüme stammen von Dir. Burhard. Zuerst eine Tanzfolge „Der Jahreszeiten“, über und choreographische Einübung von O. Mertens-Leger: „Frühling“ (Das Erwachen der Natur), „Sommer“ (Luft, Licht und Farbe), „Herbst“ (Die Jagd), „Winter“ (Der Schneemann, eine Grotte). Die energische Jägerin, dann Wiener Walzer, nicht minder die temperamentvolle Andalusierin und das „Picicato“ aus dem Ballet Eplvia zeigten die Künstlerin selbst in graziöser Vielseitigkeit. Alle Darbietungen, mit Ausnahme der letzten, die auch an die physische Leistungsfähigkeit große Anforderungen stellte, mußten wiederholt werden. Nicht endemollende Hervorrufe nötigten die Künstlerin immer u. immer wieder sich zu zeigen inmitten ihrer Blumen — der wirklichen und der jungen Menschen-Blumen. ow.

Bab. Lichtspiele — Quer durch Afrika. Heute und die folgenden Tage wird der 1. Teil — „Rensch und Tier im Urwald“ — des von dem bekannten Afriaforscher Hans Schomburgk, während seiner 1923/24 unternommenen Expedition nach Liberia, aufgenommenen Afrika-Großfilms vorgeführt. Dieser Film ist das interessanteste und Wertvollste, das wir auf diesem Gebiet seit langem gesehen haben. Die Durchdringung des afrikanischen Urwalds mit der deutschen Kurbelkamera ist hier überhaupt zum ersten Male erfolgt; die abgesehen von Strapazen und Gefahren, auch außerordentlich große technische Schwierigkeiten bot. Die Beleuchtungsfrage im dümmrigen Urwald ist glänzend gelöst. Der Film zeigt zunächst die Ausreise mit dem Boermannsdampfer „Wadai“, mit Aufenthalt Teneriffa und Las Palmas, dann die Ankunft an der Westküste Afrikas. Wir durchstreifen die Regerepublik Liberia, verfolgen Leben und Treiben in Stadt und Dorf,

sehen einen Umzug der „Freimaurerloge“, sowie die vorzüglich organisierte männliche und weibliche Jugendweh, phantastische Tänze, geremonielle Feste der Frauen-Orden. Die liberialischen Volksbräuche sind ein seltsames Gemisch von Primitivität, Kultur und Zivilisation. Auf den Kaffeepflanzen sehen wir eine eigenartige Gewinnung von Kaffee. Auch die Baumwoll-, Indultrie, wird uns in ihrer ganzen Primitivität vorgeführt. Ein Meisterstück ist mit der Erforschung des Tierlebens vollbracht worden. Um tiefen Urmund und auf abgesehenen Büschen und Seen beobachten wir das reiche Tierleben. Vögel- und tierkundlich ist dieser liberialische Film von hohem wissenschaftlichem Wert und muß daher auf wärmste empfohlen werden. Die Vorführungen werden durch einen Vortrag von Oberleutnant a. D. Holz erläutert.

Landestheater. Am Sonntag, den 15. März, findet eine Wiederholung von Richard Wagners „Meisterfänger von Nürnberg“ in der bekannten Besetzung statt und unter musikalischer Leitung des Kapellmeisters Wilhelm Franz Reuß vom Deutschen Opernhaus in Charlottenburg a. S. Am Dienstag, den 16. März, gelangt Richard Strauß' „Intermezzo“ zur Aufführung. An Stelle, des noch erkrankten Hrl. Franz wurde für die Partie der Frau Hofkapellmeister Storch Hrl. Pia von Darlangen vom Stadttheater in Dortmund verpflichtet, welche die Partie dorstselbst mit großem Erfolg gelungen hat. Am Donnerstag, den 18. März, gelangt Cornelius „Barbier von Bagdad“ in Verbindung mit Koepfels „Pierrots Commernacht“ zur Wiederholung. Am Sonntag, den 22. März, wird Bigels „Garmen“ mit Frau Hofmann-Premer in der Titelpartie wiederholt. — Als musikalischer Leiter der Aufführung wird sich Herr Kapellmeister Dr. Heinz Knoll von der Staatsoper in Dresden vorstellen, der damit auf Anstellung für die nächste Spielzeit gaffert. Dienstag, den 24. März, erfolgt die Neueinführung von Hubert Lomischer Oper „Maurer und Schlosser“. Die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Schweppe, die Spielleitung Herr Oberregisseur Buffard. — Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß das am Montag, den 16. März im Landestheater stattfindende VIII. Sinfonie-Konzert nach halb 10 Uhr beendet sein wird (nicht wie auf den großen Plakaten bekannt gegeben nach halb 11 Uhr).

Das französische Parlament und die Räumungsfrage. Die „Doubelle“ schreibt: Der Senatsausschuss für auswärtige Angelegenheiten hat die Regierung aufgefordert, der Räumung von Köln nur unter zwei Bedingungen zuzustimmen: Der Entwaffnung Deutschlands und des Abschlusses eines Garantiepaktes. Der Kammerausschuss für auswärtige Angelegenheiten selbst hat sich einstimmig für die Nichträumung der Kölner Zone ausgesprochen, solange die Sicherheitsfrage nicht geregelt sei.

Der englische Flottenvorschlag für 1925/26, der sich auf 60,5 Millionen Pfund beläuft, ist um 4,7 Millionen höher, als der des Vorjahres. Vorgesehen ist die Wiederaufnahme der Arbeiten für eine Flottenbasis in Singapur.

Befischung eines englischen Schiffes durch die Riffkabinen. Die Riffkabinen feuerten, wie aus Gibraltar gemeldet wird, auf das Schiff „Amber“ der Dillischen Telegraphengesellschaft, das auf der Höhe der afrikanischen Küste ein Kabel wiederherstellte. Das Schiff der britischen Flotte durch die „Amber“ wurde durch die Kabinen nicht beschädigt. Die „Amber“ erlitt keinen Schaden. Das spanische Kanonenboot „Bonifaz“ griff später ein und eröffnete das Feuer auf die Küste.

Der Aufstand in Arabien. Nach in Paris eingetroffenen Nachrichten sollen drei türkische Armeekorps in Stärke von 60.000 Mann abgegangen sein, um den Kurdenaufstand niederzuschlagen.

## Badischer Teil

### Badischer Landtag

Die nächste öffentliche Sitzung

des badischen Landtags findet am Donnerstag, 19. März, vormittags 9 Uhr statt.

Die Tagesordnung ist folgende:

I. Mündliche Bericht des Geschäftsausschusses und Beratung über die Mandatsniederlegung des Abg. Dr. Schmitt-Karlsruhe, Berichterstatter Abg. Wittmann.

II. Mündliche Berichte des Geschäftsausschusses und Beratung über 1. den Antrag der Abg. Dr. Mattes und Gen., Erhebung der Kirchensteuer, Berichterstatter Abg. D. Mayer-Karlsruhe; 2. den Gesetzentwurf über die Änderung des Ortskirchensteuergesetzes, Berichterstatter Abg. D. Mayer-Karlsruhe.

III. Begründung und Beantwortung der förmlichen Anfrage der Abg. Bayerle und Gen., Vorbildung gut begabter Mädchen an Mädchenhörschulen.

IV. Mündliche Berichte des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung und Beratung über 1. den Entwurf einer Landesgebührenordnung für Rechtsanwälte, Berichterstatter Abg. Schneider-Seidelberg; 2. die Verordnung des Justizministers vom 20. Januar 1925 über Änderung des Kostengesetzes (GBl. S. 19), Berichterstatter Abg. Schneider-Seidelberg; 3. das Gesetz der Vertreter der Gemeindeglieder von 17 Gemeinden (Gudenfeld u. a.) des Amtsbezirks Pforzheim, Änderung der Gemeindeordnung und des Besoldungsgesetzes, Berichterstatter Abg. Weismann; 4. das Gesetz des Gemeindevorstands Hippoldau, Vereinnigung der Gemeinde Kniebis mit der Gemeinde Hippoldau, Berichterstatter Abg. Siegelmaier-Oberkirch; 5. das Gesetz des Stadtschreibers H. Wallmann in Mannheim, um Erlassung einer Sperteil, Berichterstatter Abg. Schneider-Seidelberg. V. Mündliche Berichte des Ausschusses für Gesetze und Beschlüsse und Beratung über die Gesetze.

### Der Hagenschiefprozess

D. B. Karlsruhe, 13. März.

Das weitere Verhör Württembergers dreht sich um die Anlage wegen Verletzung. W. bestritt jede Schuld. Honnef habe ihm lediglich für die Besorgung von Fuhrwerken für die Holzabfuhr eine Vergütung in Aussicht gestellt. — Honnef betont, daß er auf rasche Lieferung der Holzgüter Anspruch hatte und von einer Verzögerung seiner Firma keine Rede sein könne. Die Zeugen Wetterer und Karisch wissen nicht, ob W. „gesichert“ worden sei. Der Angeklagte weist es ferner von sich, daß er von dem Fuhrhalter Bränninger Geld erhalten habe. Es handle sich auch in diesem Falle um „Eutingen Klatsch“. Daß Bränninger eine Art Monopol-

stellung innehatte, sei der Direktion bekannt und unter den damaligen Verhältnissen nicht zu umgehen gewesen. — Der Zeuge Bränninger (zunächst unbedingte) erklärt, daß er W. niemals Geld versprochen oder gegeben habe. — Weiterverhandlung Samstag.

\*

D. B. Karlsruhe, 14. März

Am heutigen 10. Verhandlungstag erfolgt zunächst das Verhör des Angeklagten Grieger aus München, der bei der Siedlungs- und Landbank als Proturist tätig war. Honnef hatte ihn zur Anstellung empfohlen. Grieger wird beschuldigt, sich haben bestechen zu lassen. Er erklärt: Wenn ich von Honnef einige Beiträge, insgesamt 6-8000 M. erhalten habe, so hätte das nichts mit geschäftlichen Dingen zu tun.

Vorsitzender: Ist er es um Ihrer blauen Augen willen? Angeklagter: Er hat von mir nichts Unrechtes verlangt. Beshalb er mich bestellte, weiß ich nicht.

Vorsitzender: Sie hatten doch mit Honnef wegen maschineller Lieferungen zu tun!

Angeklagter gibt dies zu. Er räumt auch ein, daß ihn Honnef mit Wein und Zigarren bedachte.

Angeklagter Honnef erklärt, die Richtigkeit dieser Angaben. Das Geld habe er Grieger gegeben, weil dieser es für Ausgaben brauchte.

Vorsitzender: Sie hatten doch mit 1700 M. ein auskömmliches Gehalt! — Es wird weiter festgestellt, daß sich Grieger von Firmen in Chemnitz, Berlin und Breslau für Lieferungen an die Siedlungsbank Agentenprovision geben ließ. Er hat in Karlsruhe auch mit einem Mann namens Santschi geschäftliche Verbindungen angeknüpft, über den er die denkbar schickste Auskunft erhalten hatte. Daher rührt u. a. ein Zementgeschäft, bei dem die Bank 600.000 Mark eingezahlt hat. Von diesem „sich eigen Herrn“ — wie sich die Auskunft ausdrückte, bezog Grieger einen Minimax-Apparat, den die Bank dank der Manipulationen Griegers zweimal bezahlen mußte. Als ebenso zweifelhaft stellte sich ein Geschäft wegen Lieferung von Normalbahnen heraus, bei dem Santschi 13.000 Mark verdiente. Dafür will Grieger keine Vergütung erhalten haben, wohl aber für den Feuerlöschapparat und eine andere Kleinigkeit insgesamt 250 M. — Die Anlage wirft Grieger ferner Untreue vor, weil er im August 1920 an Santschi vier Waagons des ominösen Zements zum Preise von 30.000 M. wiederverkauft. Santschi verduftete, ohne einen Pfennig bezahlt zu haben.

Zeuge Wetterer erklärt, daß er von der Auskunft über Santschi nichts gemut habe, daß ihm aber dieser Mann, der in der Bank ein- und ausging, derart widerlich geworden war, daß er Grieger den Verkehr mit Santschi direkt verboten habe.

Das Gericht geht dann zum Fall Detert über, soweit er noch nicht erledigt ist. Der Angeklagte äußert sich über seine Tätigkeit im Reichsverwertungsamt, über das Bekanntwerden mit Abele und Honnef, sein Verhältnis zur Siedlungsbank, sowie über seine Beziehungen zu Honnef, die mehr geschäftlicher Natur gewesen seien. Er habe im freien Verufe für die Siedlungsbank gearbeitet und sei mit den Vorarbeiten für das Sägemerks- und Siedlungsprojekte beschäftigt gewesen.

Der Vorsitzende hält dem Angeklagten ein Telegramm und Briefe vor, die darauf hindeuten, daß die Beziehungen Deterts zu Honnef doch inniger gewesen sein mußten und ihn in einen gewissen Konflikt mit seinem Dienstverhältnis beim Reichsverwertungsamt brachten.

Der Angeklagte Detert erwidert, daß er in keinem Falle seine Amtspflichten verletzt habe. Als mir Honnef Wein und Zigarren schenkte, wollte er sich damit für die meinerseits gewährte Gastfreundschaft erkenntlich zeigen. Der Gedanke der Bestechung sei ihm nie in den Sinn gekommen.

Fortsetzung der Verhandlung Montag früh 8 Uhr. Schluß nachts 12 Uhr.

Der Vorstand Baden im Reichsbund der Kriegsgeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen hat beschlossen, in diesem Jahre einen Gantag in Freiburg stattfinden zu lassen und zwar sind hierzu die Pfingstfeiertage, 30. und 31. Mai, vorgesehen.

### Aus der Landeshauptstadt

Dr. Schofer wieder hergestellt. Der Führer der badischen Zentrumspartei, Dr. Schofer, der sich bekanntlich vor etwa einem Monat einer Operation unterziehen mußte, ist vollständig wiederhergestellt und konnte bereits in den letzten Sitzungen des Badischen Landtags teilnehmen.

Die Vorbereitungen für den 100er Tag am 27. bis 28. Juni in Karlsruhe werden vom Hauptauschuss der Kameradschaft Badische Leibgrenadiere in großzügiger Weise getroffen. — Die Arbeiten zur Ausführung des Denkmals vor der der Karlsruher Hauptpost sind vergeben worden und der erste Spatenstich dürfte in allernächster Zeit erfolgen. Das Denkmal wird bekanntlich nach dem preisgekrönten Entwurf der Architekten Prof. Gruber und Gutmann ausgeführt und stellt eine etwa 19 Meter hohe Säule dar, auf welcher der badische Greif, die Helmzier der Grenadiere, weithin sichtbar sein wird. Grundsteinlegung ist aus Anlaß des 100jährigen Bestehens der Loretto-Schlacht am Sonntag, den 10. Mai, vorgesehen.

### Badisches Landestheater

Spielplan für 14. bis 24. März 1925.

Im Landestheater:

Samstag, den 14. März. \* C 19. Th.-Gem. 5601-6000. Infolge Erkrankung von Felix Baumbach statt: Der arme Peter, Das Glas Wasser. 7-9.15 Uhr. (4.80 M.)

Sonntag, den 15. März. \* Th.-Gem. 801-1000, 1301-1500, 2001-2100. Unter musikalischer Leitung des Kapellmeisters Wilh. Neuf von Deutschen Opernhaus in Charlottenburg a. G. Die Meisterlinge von Nürnberg. 4.30 bis nach 9.30 Uhr. (8 M.)

Montag, den 16. März. Th.-Gem. 3701-4000. 1. Sond.-Gr. 8. Sinfonie-Konzert des Bad. Landestheater-Orchesters. Solist: Prof. Paul Weingarten-Bien (Klavier). Leitung: Staatskapellmeister Alfred Lorenz. Musikdirektor: Hans Morf. 7.30 bis nach 9.30 Uhr. (4.80 M.)

Dienstag, den 17. März. \* E 18. Th.-Gem. 1501-2000; Volksh. 7. Intermezzo. 7-10 Uhr. (7 M.)

Mittwoch, den 18. März. \* A 18. Th.-Gem. 2. und 3. Sond.-Gr. Zum erstenmal: Der arme Peter. Drama von Ernst Barlach. 7-10.30 Uhr. (7 M.)

Donnerstag, den 19. März. \* B 19. Th.-Gem. 3001-3400, 4001-4800. Der Barbier von Bagdad. Hierauf: Pierrot Sommersnacht. 7 bis nach 9.30 Uhr. (7 M.)

Freitag, den 20. März. Für die an Ostern zur Entlassung kommenden Volkshörer: Wilhelm Tell. 6 bis nach 9 Uhr.

Samstag, den 21. März. \* Th.-Gem. 2501-2700. Minna von Barnhelm oder das Soldatengeld. 7-9.30 Uhr. (4.80 M.)

Sonntag, den 22. März. \* Th.-Gem. 1. Sond.-Gr. u. 4501 bis 4600. Carmen. 6-9.30 Uhr. (8 M.)

Montag, den 23. März. Volksh. 7. Der böse Geist Lumpaci-vagabundus oder das liebliche Kleeblatt. 7-10 Uhr. (4.80 M.) Der 4. Rang ist zum Verkauf für das allgemeine Publikum freigegeben.

Dienstag, den 24. März. \* D 19. Th.-Gem. 4001-4500. Reinhold. Maurer und Schlosser, Oper von Auber. 7 bis 9.30 Uhr. (7 M.)

Im Konzerthaus:

Sonntag, den 15. März. \* Der wahre Jakob. 7 bis gegen halb 10 Uhr. (3.80 M.)

Sonntag, den 22. März. \* Die Schmetterlingsflucht. 7 bis gegen 10 Uhr. (3.80 M.)

Vorrecht für Umtausch der Vorzugsarten und Vorlaufsrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugsarten am Samstag, dem 14. März, nachmittags 3.30-5 Uhr; allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 16. März an. Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Th.-Gem., jeweils am Vortag der Aufführung in der Geschäftsstelle (9-1, 4-6 Uhr).

### Zeitschriftenschau

Romanistischer Zeitschriften

Der Münchener Verlag Meyer u. Jessen hat sich rasch einen allgemein beachteten Namen von gutem Klang erworben, sowohl durch den geistig hochstehenden Gehalt seiner Veröffentlichungen, wie durch deren geschmackvolle Ausstattung, die innere und äußere Form in überaus glücklicher Einheit zu verbinden weiß. Beispiele bieten das hier jüngst besprochene, hochwertige Werk „Deutsche Klassik und Romantik“ von dem Münchener Literaturhistoriker Fritz Strich, der im gleichen Verlage auch die klug ausgewählte, wegen der Fülle ihrer geistigen Anregung bestens zu empfehlende Sammlung „Deutsche Akademiker“ herausgegeben hat.

Nun aber hat sich der Verlag ein besonderes Verdienst erworben durch die Herausgabe romanistischer Zeitschriften, als deren erste Reihe wir hier die berühmten Romanistischer Zeitschriften anzeigen. Grundzüge aller Romanistikforschung wird stets das von den ersten Romanistikerführern, den Brüdern Friedrich und August Wilhelm Schlegel herausgegebene „Athenaeum“ bilden. Bei der großen Seltenheit dieser in drei handlichen Oktavbänden gesammelten Zeitschriftennummern mußte von vornherein das Verlagsunternehmen dankbar begrüßt werden. Daß wir aber nun die Bände in der Hand halten in der gleichen Form und Drucksetzung, wie sie einst 1798-1800 erschienen sind, gebunden in geschmackvollen Einbänden der Zeit, berechtigt wirklich zu größtem Lobe. Dasselbe gilt von den Reindrucken der von Heinrich von Kleist und Adam Müller im Jahre 1808 herausgegebenen Zeitschrift „Phoebus“, sowie der von Ludwig Achim von Arnim im gleichen Jahre herausgegebenen „Zeitung für Einflieger“, deren Nummern gesammelt als „Troest Einsamkeit“ erschienen (beide im ursprünglichen Quartformat).

Die originalgetreue Wiedergabe dieser drei wichtigen Zeitschriften ist an sich schon Ereignis, das in jedem Bücherfreunde Entzücken hervorruft. Aber getreu den eingangs erwähnten Verlagsprinzipien handelt es sich dabei nicht nur um äußerlich wertvolle, bibliophile Geschnackensprüche voll betriebende Leistungen, sondern um den Reudruck von Seltenheiten, deren Inhalt jedem Erforscher und Liebhaber unserer deutschen Romanistik eine Fundgrube von Schätzen öffnet. Wer überhaupt sich in Romanistik vertieft hat, wird hier Wertvollstes ihrer reichen Produktion finden und zwar Erzeugnisse, die nicht immer in gesammelten Werken zu lesen sind, ich weise nur etwa auf die Erstveröffentlichungen Kleists in seiner Zeitschrift hin. Aber darüber hinaus füh-

len wir hier unmittelbar den Puls des romantischen Dichter- und Geisteslebens in den bedeutungsvollsten Jahren am Ausgang des 18. Jahrhunderts und im Jahre 1808. Bedauerlich bleibt nur, daß diese Reudrucke nur in beschränkter Auflage von je 400 Exemplaren wurden. Man sollte doch denken, daß für solche Kostbarkeiten, deren Kaufpreis relativ gering ist, sich weit mehr Liebhaber und Käufer finden müßten.

Prof. Dr. Karl Holl

Zeitwende. Monatschrift. Februarheft. C. G. Bed.-München. — Die seit Anfang d. J. neu erscheinende Zeitwende, hat in ihrem ersten, Januarheft, ihren Charakter als ernste, vornehme, edelsten Aueden dienende Monatschrift erwiesen. Das zweite, Februarheft, hält, wie nicht anders zu erwarten war, die Höhe des ersten Hefts, auch hinsichtlich der Manuskriptqualität des Gebotenen. Man darf sagen, daß jeder Beitrag lesenswert ist, weil sich hier Männer ansprechen, die ihre Sache von Grund aus verstehen und fesselnnd schreiben können. So ist Walbert Balb bekannt durch seine wichtigen Arbeiten zur Geschichte der großen Revolution. Er führt uns die Wirkungen der Ideen von 1789 auf Deutschland vor und weckt in uns besonders das Verständnis der verschiedenen Schattierungen des politischen Liberalismus im 19. Jahrhundert. Emil Ermatinger, der große Kenner Kellers und Meyers, sucht von Calvin und Pascal aus in das vielverfängliche Innere C. F. Meyers einzudringen, an dessen Persönlichkeit schon so viele herumgerätselt haben. Otto Stäbli gibt aus seinen reichen Erfahrungen mit der Jugend eine Uebersicht über die unter sich stark differenzier- ten Strömungen, die wir in der heutigen Jugend beobachten. W. Stöckhs Erzählung von den Erweckten in Königsberg bringt neue Perspektiven im Schicksal des faszinierenden Zellenführers. Die charaktervolle Frauengestalt einer ostpreussischen Adligen wird den Leser besonders anziehen. An den Mythos der Seele des späten Hölderlin führt uns Conrad Wandrey, indem er uns zwei schwer zugängliche Hymnen durch das erläuternde Wort eröffnet. Bruno Gutmann, einer unserer hoffnungsvollsten geistigen Pioniere in Afrika, berichtet über Änderungen, die im afrikanischen Erziehungs- wesen auf Grund einer besseren Kenntnis der Vorkulturwelt der Negere vorgenommen werden müssen. Erich von Drygalski, der Südpolarforscher, spricht über Boden und Bewohner des Eilands. Zum Gedächtnis Hans Thomas bringt das Heft einen schönen Aufsatz J. A. Veringers, dem 6 Bilder beigegeben sind, davon 4 bisher noch unveröffentlichte

Landschaften. Dem Februarheft ist schon die Uebersicht über den Inhalt des Märzhefts beigegeben, die zur warmen Empfehlung der ausgezeichneten Monatschrift weiterhin berechtigt.

Moherne Bauformen. Eine unserer angesehensten Zeitschriften für Raumkunst sind die nun schon im 24. Jahrgang erscheinenden „Modernen Bauformen“ (Verlag Julius Hoffmann-Stuttgart, allmonatlich ein Heft). Ein besonderer Vorzug besteht darin, daß sie jeweils auch immer mehrere farbige Abbildungen bringt, und zwar meist nach Aquarellentwürfen oder Ölgemälden (Interieurs); dabei werden aber nicht nur moderne Inneneinrichtungen, sondern auch historische Häuser gezeigt. Der Text, aus der Feder hervorragender Autoren stammend, begleitet und umschreibt die in sauberen Reproduktionen vorgeführten Arbeiten unserer führenden Architekten. Jedes Heft wird so zu einer Fundgrube der Schönheit und Anregung. Das soeben erschienene Märzheft enthält u. a. neue Arbeiten von Prof. Dr. Raul Bonah-Stuttgart, ein Wohnhaus von Architekt Schofer-Stuttgart und vier farbige Raumbilder. Druck und Ausstattung der Hefte ist von großer Ge- genheit.

Roland. Das soeben erschienene Heft 10 des „Roland“ zeichnet sich wieder durch gediegene Inhalt und würdige Ausstattung aus. Von aktuellen Artikeln wäre ein hochinteressanter Aufsatz von Aluis über Krupp und Stinnes zu erwähnen, ebenso eine mit zahlreichen Bildern geschmückte Anthologie von J. Schim, „Das drahtlose Lied“ betitelt, wie auch ein interessanter Aufsatz von Peter Gerin über Monte Carlo. Auch der Sport kommt diesmal zu seinem Recht. Die Ergebnisse des Frühjahrs-Reit- und Fahrturniers werden an Hand zahlreicher Abbildungen besprochen. Der Anfang einer vorzüglichen Novelle von F. Red-Mallegenen bildet den Abschluß dieses wohl gelungenen Heftes.

Herrenwelt. Die von uns schon mehrfach mit Auszeichnung besprochene Monatszeitschrift „Die Herrenwelt“ (Verlag Gustav Kühn, Berlin SW. 68, Kochstr. 5) läßt soeben ihr Märzheft erscheinen. Auch dieses Heft ist wieder ein Beweis für die musterghltige Sorgfalt und das gediegene Verständnis, welches Verlag und Redaktion der Herstellung ihrer Zeitschrift entgegenbringen. Eine Reihe amüsanten und geistvoller Textbeiträge, naturgemäß zugeschnitten auf die modernen und ästhetischen Bedürfnisse des Herrn, und eine Fülle famos reproduzierter Abbildungen machen die Lektüre und Durcharbeitung des Heftes zu einem Genuß. Die Ausstattung (Druck, Schrift, Papier) ist von einwandfreier Vornehm-

Pianohaus Lang

Kaiserstraße 167<sup>1</sup>  
Salamanderschuhhaus  
Telefon 1073

Günstige Bedingungen

ermöglichen den Kauf eines erstklass. Pianos oder Harmoniums Franklieferung

